

# DIE WELTWOCHEN

Diese Woche  
**Ausser Konkurrenz**

**Reiner Eichenberger**

704 Wörter  
28 April 2005  
Die Weltwoche  
007  
17  
Deutsch

© 2005 DIE WELTWOCHEN. All rights reserved. For further information see

Gegen die heutigen Probleme des Kapitalismus gibt's nur ein Mittel: richtigen Kapitalismus. Und noch eins: einen Aufstand der Unternehmensbürger.

Die Markt-, Kapitalismus- und Globalisierungskritik boomt. Vieles ist nur Gejammer von Interessengruppen und Politikern, deren Pfründen bedroht sind und die von der Unwirksamkeit ihrer eigenen Programme ablenken wollen. Aber langsam wird es auch manchen Marktbefürwortern unwohl. Kein Wunder. Denn zum einen sind die weltweiten Erfolge des Kapitalismus wirklich schwindelerregend. Zum anderen hängt sein voller Erfolg von Bedingungen ab, die erst noch geschaffen werden müssen.

Der Markt- und Kapitalismus pessimismus entspringt teils falschen Erwartungen. Viele interpretierten den Zusammenbruch der Planwirtschaft als Sieg des Kapitalismus. Also erwarteten sie, die Dominanz der westlichen Länder werde gestärkt. Das war falsch. Dank der Übernahme kapitalistischer Mechanismen haben heute viele früher arme Länder ein unglaubliches Wachstum, das ihnen schneller internationales Gewicht verleiht als Waffen. Wer meinte, Europa werde eine Weltmacht, täuschte sich. Europa wird langfristig bestenfalls die Nummer vier hinter China, Indien und den USA. Doch - dank Globalisierung - macht das nichts. Denn in einer globalisierten Welt zählt für die Bürger nicht das aggregierte Bruttoinlandsprodukt, sondern ihre Fähigkeiten, die sich bietenden Chancen zu nutzen. Die Angst, das Wachstum der Entwicklungsländer könnte uns schaden, ist unnötig. Das zeigt neben aller Theorie und Empirie eine einfache Symmetrieüberlegung: Genauso, wie es für uns eine Katastrophe wäre, wenn die USA verarmen würden, ist es für uns gut, wenn die armen Länder so reich wie die USA werden.

Gute Fragen, bessere Antworten

Der Marktpessimismus folgt auch aus der Unterschätzung der Gegenkräfte. Wer von der Freizügigkeit innerhalb Europas eine wirksame ...ffnung der Arbeitsmärkte erhoffte, sieht sich getäuscht. So verlangen heute überall einheimische Gewerkschaften und Unternehmer Mindestlöhne und «flankierende Massnahmen», nur um die Konkurrenz aus Billiglohnländern aus dem Markt zu drängen. Die vermeintliche Liberalisierung droht in stärkerer Regulierung zu enden. Was uns fehlt, sind marktwirtschaftliche Instrumente zur Bewältigung gesellschaftlich unerwünschter Liberalisierungsfolgen. Wir müssten die Billiganbieter nicht mit Verboten und Lohnvorschriften aus dem Markt (und in die Schattenwirtschaft) drängen, sondern den relativ unproduktiven einheimischen Arbeitskräften eine Lohnzulage zahlen. Gleichzeitig könnten wir die ausländischen Billiganbieter höher besteuern. Denn bei aller politischen Korrektheit: Steuern und Subventionen sind wirkungsvoller und liberaler als Verbote und Preisvorschriften.

Besonders augenfällig ist der Marktpessimismus beim Service public, etwa im Widerstand gegen den Abbau unrentabler Poststellen. Auch das hat nichts mit der Sinnhaftigkeit effizienzsteigernder Massnahmen zu tun, sondern damit, dass uns die liberalen Instrumente für ihre Umsetzung fehlen. Service public hat heute sehr viel mit regionaler Umverteilung zu tun. Bei den Reformvorhaben werden aber dauernd die Effizienz- und die Umverteilungsfrage vermischt. Etwas verkürzt werden die «Bergler» gefragt, ob sie weiterhin durch die «Unterländer» bezahlte oder keine Poststellen mehr wollen.

Natürlich sind sie für die Erhaltung. Sinnvollerweise müsste aber gefragt werden, ob sie eine durch die Allgemeinheit bezahlte Poststelle haben wollen oder das Geld (zumindest einen guten Teil davon). Dann wählen viele «Bergler» das Geld, um damit Klügeres zu tun, als unrentable Poststellen zu unterhalten. Erst wenn wir Instrumente entwickeln, die die Effizienz- und die Umverteilungsfrage trennen, können wir allgemeine Zustimmung zu echten Reformen erwarten.

Schliesslich entbrennt die Kapitalismuskritik immer wieder an den Gehältern. Hier soll nicht diskutiert werden, ob sie zu hoch sind. Die Botschaft ist wieder, dass wir Instrumente schaffen müssen, die es den Aktionären erlauben, ihre Verwaltungsräte und Manager zu kontrollieren. Wie das geht, lehrt die Politik. Das Problem der Bürger, ihre Parlamente und Regierungen zu kontrollieren, ist strukturell jenem der Aktionäre sehr ähnlich, ihre Verwaltungsräte und Manager zu kontrollieren. Die heutige «Aktionärsdemokratie» unterscheidet sich aber grundsätzlich von der politischen Demokratie.

Die Politik löst das Kontrollproblem mit Wettbewerb. Alle Wahlen sind Kampfwahlen mit wenigstens zwei Kandidaten und Alternativen. Wahlen mit nur einem Kandidaten gelten als undemokratisch. Doch genau dieses Verfahren dominiert heute in den Unternehmen. Die Aktionäre haben praktisch nie eine Auswahl zwischen verschiedenen Bewerbern für Verwaltungsratssitze und externe Rechnungsprüfung. Zudem können sie über vieles nicht entscheiden, worüber in der Politik selbstverständlich abgestimmt würde. Wo aber die offene Konkurrenz zwischen Kandidaten und Vorschlägen fehlt, kann weder eine kritische und fruchtbare Diskussion erwartet werden noch eine Unternehmenspolitik im Sinne der Aktionäre, der eigentlichen Unternehmensbürger.

**Reiner Eichenberger** ist Wirtschaftsprofessor an der Universität Fribourg.

Mehr über Kapitalismus auf den Seiten 9, 16, 18 und 64

WEW\_17\_007.pdf

Dokument WELTW00020050427e14s00002